Ressort: Gesundheit

Bundesregierung warnt vor Risiken bei Tattoo-Entfernungen

Berlin, 27.12.2018, 13:44 Uhr

GDN - Die Bundesregierung warnt vor Risiken bei der Entfernung von Tattoos. "An der Haut besteht die Gefahr für Verbrennungen, unter Umständen mit bleibender Narbenbildung", heißt es in der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion, über welche die Zeitungen des "Redaktionsnetzwerks Deutschland" in ihren Freitagsausgaben berichten.

Für die Entfernung von Tattoos würden Laser der höchsten Risikoklassen eingesetzt. Bei falscher Einstellung oder Nutzung der Geräte könnten auch die Augen geschädigt werden - insbesondere bei Verzicht auf besonderen Augenschutz. Bei kosmetischen Anwendungen mit Lasern bestehe die Gefahr, dass Hautauffälligkeiten verändert oder entfernt werden, was eine rechtzeitige Diagnose bösartiger Tumore erschwere oder unmöglich machen könne. Das Umweltressort verweist zudem auf jüngste Forschungsergebnisse, wonach beim Weglasern von Tätowierungen mit organischen Pigmenten giftige Stoffe wie Benzol, Blausäure oder 3,3-Dichlorbenzidin freigesetzt werden könnten. Laut Bundesregierung dürfen Tätowierungen künftig nur noch von Ärzten mit entsprechender Weiterbildung entfernt werden. Diese Vorschrift gilt ab dem 31. Dezember 2020. In Deutschland gibt es keine Meldepflichten für Komplikationen bei Tattoo-Entfernungen, daher liegen dazu keine genauen Angaben vor. Nach Regierungsangaben hat jedoch eine Repräsentativbefragung ergeben, dass bei der kosmetischen Anwendung optischer Strahlung, wozu auch das Weglasern von Tattoos zählt, in etwa 18 Prozent der erfassten Fälle bleibende Nebenwirkungen entstanden sind. Es sei davon auszugehen, dass etwa 30 Prozent der Komplikationen durch Behandlungsfehler verursacht würden. "Um Nebenwirkungen zu vermeiden oder zu minimieren, ist zudem eine geeignete Vor- und Nachbehandlung erforderlich", so das Umweltministerium. Nach einer Studie der Universität Leipzig ist inzwischen jeder Fünfte in Deutschland tätowiert. Die Liberalen fordern eine bessere Überwachung von Tattoo-Studios. Es gehe nicht darum, Erwachsenen zu verbieten, sich tätowieren zu lassen, sagte FDP-Gesundheitsexperte Wieland Schinnenburg dem RND. Jedoch müsse der Staat über die Gefahren aufklären und dafür sorgen, dass insbesondere die gefährliche Entfernung von Tattoos nur von entsprechend qualifiziertem Personal erfolge. Die FDP fordere daher eine bessere Aufsicht durch die Länder und begrüße, "dass ab 2021 nur noch approbierte Ärzte mit entsprechender Weiterbildung Tattoos mit Laser entfernen dürfen".

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-117559/bundesregierung-warnt-vor-risiken-bei-tattoo-entfernungen.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619